

Kurzbericht

Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen

(31. Sitzung am 16. Juli 2014)

Beratungsthemen:

Öffentlicher Sitzungsteil

1. **Unterrichtung durch das Justizministerium und die Geschäftsführung über die Arbeit der „Stiftung Opferhilfe Niedersachsen“**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

2. **Entwurf eines Gesetzes zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Niedersachsen und der Freien Hansestadt Bremen über die Zusammenlegung der Kreissparkasse Wesermünde-Hadeln und der Sparkasse Bremerhaven**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/1706](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Einstimmig schloss er sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Haushalt und Finanzen an, den Gesetzentwurf in geänderter Fassung anzunehmen.

3. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Meldegesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/1673](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Einstimmig schloss er sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Inneres und Sport an, den Gesetzentwurf in geänderter Fassung anzunehmen.

4. **Entwurf eines Gesetzes zur Reform der Professorenbesoldung**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/1561](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Einstimmig schloss er sich der Beschlussempfehlung des - federführenden - Ausschusses für Wissenschaft und Kultur an, den Gesetzentwurf in geänderter Fassung anzunehmen.

5. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Nachbarrechtsgesetzes und der Niedersächsischen Bauordnung**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/1259](#)

Der - federführende - Ausschuss ergänzte die Tagesordnung um diesen Punkt und stimmte einer vom Gesetzgebungs- und Beratungsdienst vorgeschlagenen Berichtigung der Beschlussempfehlung zu.

6. **Entwurf eines Gesetzes über die Neuordnung von Vorschriften über die Justiz**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/1585](#)

Der Ausschuss kam überein, zu dem Gesetzentwurf eine mündliche Anhörung durchzuführen. Der Termin und der Kreis der Anzuhörenden sollen von den Sprechern der Fraktionen am Rande des Juli-Plenums festgelegt werden.

7. **Bericht der Landeswahlleiterin nach § 10 Abs. 2 NLWG**

Unterrichtung - [Drs. 17/1686](#)

Die Landeswahlleiterin unterrichtete den Ausschuss über die wesentlichen Inhalte der Vorlage. Eine kurze Aussprache schloss sich an. Das Thema soll nun zunächst in den Fraktionen besprochen werden.

Nicht öffentlicher Sitzungsteil

8. **Eingaben**

Der Ausschuss behandelte zwei Eingaben.